

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behörden bestimmt Blatt

**Verlagspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Vollschaffkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Taubauer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 7221 6. - **Verlag in Leipzig,**  
Taubauer Straße 19/21 - Telephon 7220 5

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonelleite 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg., Stellenangebote 10geleit. Kolonelleite 25 Pfg. Familiennachrichten von Verstorbenen die 10geleit. Kolonelleite mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mt. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelleite 40 Pfg. bei Platzvorkauf, 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchse und alle Volkshäuser entgegen

### Vor zehn Jahren

Anfang März 1918 wurde in Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland der Frieden geschlossen. Der „Friedensvertrag“ war ein einseitiges Diktat der deutschen Imperialisten und militärischen Gewaltpolitiker. Er konnte geradezu Poincaré und Lloyd George und ihren militärischen Sachverständigen als musterghütige Vorlage dienen, als sie kaum ein reichliches halbes Jahr später über den Frieden mit den Mittelmächten verhandelten. Es hatte sich viel verändert, in den wenigen Monaten vom März bis Ende Oktober 1918. Die deutschen Generale, in Brest-Litowsk noch in kraßstrophender Siegerpose, vertrugen sich in den letzten Oktober- und den ersten Novembertagen vor der Empörung eines jahrelang gequälten und systematisch belogenen Volkes.

Nach dem Sturz des Zarismus führte die Kerenski-Regierung den Krieg weiter. Sie enttäuschte damit die gewaltige Friedenssehnsucht der russischen Arbeiter und Bauern. Die Bolschewiki nutzten bei ihrem Kampfe um die Macht diese Enttäuschung geschickt aus. Nachdem sie Sieger waren, mußten sie, wollten sie sich behaupten, eiligst Frieden schließen. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Mittelmächte begannen. Die Bolschewiki haben dabei weniger auf die Versprechungen deutscher Politiker gebaut. Zwar hatte der Reichstag im Juli 1917 unter dem Druck einer militärisch ungünstigen Lage die bekannte Friedensresolution beschlossen, in der davon gesprochen wird, daß Deutschland nur für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen kämpfe. Aber die Diktatur des deutschen Parlamentes war damals ja noch viel größer als heute, und solange die Generale noch zu bestimmen hatten, glaubte in der ganzen Welt kein Mensch an die Wahrheit dieser Entschlüsse. Nicht im Vertrauen auf sie gingen die Delegierten der russischen Revolution zu den Friedensverhandlungen, sondern im Vertrauen auf das Erwachen der Arbeiterklasse in den andern kriegsführenden Ländern; besonders aber im Vertrauen auf die nahe Revolution der Arbeiter und Soldaten in Deutschland. Sie haben sich nicht ganz ohne Erfolg bemüht, durch eine geschickte Propaganda die Voraussetzungen für eine längere Fortführung des Krieges zu zerstören. Schon allein die moralische Wirkung der Revolution verließ in diesem Sinne und sie wurde unterstützt durch Flugzettel und Schriften, die an den Fronten verteilt wurden, und ganz besonders durch jene Funkprüfungen an Alle, in denen die neue Regierung Rußlands der ganzen Welt ihren Willen zum Frieden kundgab und die Völker aufforderte, diesen Willen durch die Tat Wirklichkeit werden zu lassen.

Dennoch täuschten sich die Bolschewiki. Noch glimmte in den Ländern der Mittelmächte die Empörung unter der Decke, noch war die Bewegung des revolutionären Teils der Arbeiter und Soldaten nicht stark genug, um schon in jenen Wochen siegreich hervorzutreten zu können. So traten in Brest-Litowsk die russischen Delegierten, die unter der Führung Trozkis standen, Generale und Diplomaten gegenüber, die sich als „Sieger“ fühlten und sich auch wie „Sieger“ benahmten. Sie wußten, daß die lange russische Front nicht mehr da war. Das Heer war zerfallen, in völliger Auflösung auseinandergefallen. So glaubten sie, den Frieden diktieren zu können, den sie brauchten. Mit einer Handbewegung schoben sie jene Friedensresolution beiseite. Im Westen Rußlands sollte Finnland, Polen, die Randstaaten von Rußland gelöst und in irgendeiner Form dem Deutschen Reich angegliedert werden. Es gab an den deutschen Fürstenhöfen zahlreiche Anwärter auf die neuen Thronen, die da errichtet werden sollten. Im Süden des russischen Reiches gelüstete es die deutschen Imperialisten vor allem nach den Delquellen und den Erbbezügen. Auf dem Umweg über die Türkei sollten sie der deutschen Herrschaftszone einverleibt werden.

Die Russen weigerten sich, diese hemmunglosen Annexionspläne als einen Friedensvertrag anzunehmen. Die Verhandlungen flogen auf. Die russische Delegation erklärte am 10. Februar, sie lehne die Unterzeichnung dieses Vertrages ab und betrachte Rußland ohnedem als mit den Mittelmächten im Frieden befindlich. Mit dieser Lösung waren die deutschen Militaristen nicht einverstanden. Die deutschen Truppen wurden erneut in Marsch gesetzt und weite Teile Rußlands ohne Widerstand besetzt. Das geschah wahrscheinlich auch deshalb, um Deutschland recht weit von dem Gefahrenbereich wegzubringen, der nach Auffassung der in Deutschland Herrschenden das revolutionäre Rußland war. Es blieb den Bolschewiki, zwischen deren Führern es wegen der Friedensverhandlungen zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, schließlich nichts andres übrig, als sich zu neuen Friedensverhandlungen bereit zu erklären. Sie wurden wieder aufgenommen und am 3. März 1918 mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Brest-Litowsk abgeschlossen. Er war eines jener brutalen Schanddokumente, mit denen die Imperialisten und Militaristen jedes Landes, solange sie mächtig genug dazu sind, ihre Herrschaft verbarrikadieren. Die Russen unterschrieben unter Protest. In ihrer Erklärung sagten sie:

Der Friede, der jetzt in Brest-Litowsk abgeschlossen wird, ist kein Friede, der auf der freien Verständigung der Völker Rußlands, Deutschlands, Österreichs-Ungarns, Bulgariens und der Türkei gegründet ist. Dieser Friede ist mit der Waffe in der Hand diktiert. Er ist ein Friede, den das revolutionäre Rußland, jähnebrechend, annehmen muß. Es ist ein Friede, der unter dem Vorwande der

## Eine schlechte Komödie

### Die „Sicherheits“beratungen

SPD Genf, 5. März.

Die Sicherheitstommision nahm am Montag ihre öffentlichen Sitzungen wieder auf. Es zeigte sich, daß das Redaktionskomitee sich in weitem Umfange auf eine Mitwirkung des Rats beim Abschluß von Schieds- und Sicherheitsverträgen festgelegt hat. Der Rat soll auf Wunsch eines Staates unter Berücksichtigung der politischen Situation und des allgemeinen Friedensinteresses den Abschluß von Schiedsgerichts- bzw. regionalen Sicherheitsverträgen empfehlen, besagen zwei Resolutionen. Angenommen ist ferner der allgemeine Schlichtungs- und Schiedsgerichtsvertrag, den zu unterzeichnen alle Parteien aufgefordert werden sollen. Der Vertrag schließt sich eng an schwedische Vorschläge an und geht über die meisten bisher abgeschlossenen Verträge insofern hinweg, als alle Streitigkeiten, sowohl rechtliche wie politische, der friedlichen Regelung unterworfen werden. Die Frage ist nur, wie viele Staaten einen solchen Vertrag unterzeichnen werden. England lehnte in der Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß der Völkerbundpakt der für England genügende Generalvertrag sei, ab und stellte die ironische Frage, ob man wirklich abstellen würde, wenn alle Staaten dem neuen Vertrag angeschlossen würden. Obgleich diese Frage eine lange Diskussion entseffelte, wurde sie nur immer gestreift, nicht direkt bejaht.

Aus der Diskussion ist eine Bemerkung des Vorsitzenden Benesch beachtenswert, in der er auspricht, daß die Einteilung des neuen Generalvertrages auf keinen Fall die eventuelle Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundpactes beeinträchtigt. Eine Resolution über den Beitritt zum Internationalen Gerichtshof, die den Rat auffordert, die noch nicht angeschlossenen Staaten über ihre Gründe zu befragen, wurde zwar angenommen, aber England teilte sofort mit, daß es auch hiernach nicht für alle juristischen Streitigkeiten dem Gerichtshof beitreten könne. Die deutschen Kriegsverhältnissvorschlüge sollen den Regierungen zur Rückführung vorgelegt und

nach gründlicher Prüfung in der nächsten Tagung der Sicherheitskommission einer zweiten Lesung unterworfen werden. Als Berichtserstatter wurde ein Belgier bestimmt.

SPD Genf, 5. März. (Radio.)

Der Sicherheitsauschuß fabrizierte am Montag eine Reihe von Resolutionen, die die Gedanken des Genfer Protokolls zum Teil wieder aufnehmen, zum Teil umbiegen. Morgen wird die Sicherheitstagung voraussichtlich zu Ende gehen. Es wird erst dann möglich sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob die täglich achtstündige Komiteearbeit zwei Wochen hindurch irgendeinen Fortschritt über das heute geltende Völkerverrecht hinaus bietet.

Der deutsche Außenminister Stresemann stattete am Montag nachmittags dem französischen Außenminister Briand einen Besuch ab, der bis kurz vor 5 Uhr dauerte.

### Schlingen für China?

SPD Genf, 5. März (Radio.)

In der Debatte im Sicherheitsauschuß erhob der chinesische Vertreter Einspruch gegen die Annahme eines allgemein gehaltenen Vertragsentwurfes, in dem es heißt, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden dürfen. Der Chinese ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß China von den seit 80 Jahren mit den imperialistischen Staaten geschlossenen ungerechten Handelsverträgen auch gegen deren Willen loskomme. Er vermutete, daß mit dieser Formulierung das Revisionsverfahren des Völkerbundes für überlebte Verträge ausgeschaltet werden sollte. Der Präsident des Sicherheitsauschusses, der schweizerische Außenminister Benesch stellte fest, daß davon keine Rede sein könne und daß das Revisionsverfahren unbeeinträchtigt von den Garantieverträgen erhalten bleiben würde.

Wertwürdigerweise fügt der Soz. Pressedienst dieser Meldung noch hinzu, daß sich damit eine deutsche Erklärung erübrige und daß damit die Schmerzzeit von dem deutschnationalen Freiherrn v. Frentag-Loringhoven aufgestellte Behauptung erledigt sei, daß die Politik von Locarno auch eine friedliche Grenzrevision im Osten unmöglich gemacht habe.

„Befreiung“ russischer Grenzgebiete in Wirklichkeit dieselben in deutsche Provinzen verwandelt und sie des Rechts auf freie Selbstbestimmung beraubt, jenes Rechts, das ihnen die Arbeiter- und Bauernregierung des revolutionären Rußlands zugesprochen hatte. Es ist ein Friede, der unter dem Vorwande der Wiederherstellung der Ordnung den Klassen der Bedrückten in den okkupierten Gebieten bewaffnete Unterstützung erweist gegen die werktätigen Klassen, und jenen behilflich ist, die das durch die russische Revolution abgeschüttelte Joch der Werktätigen erneut auferlegen wollen.

Allein unter den gegebenen Umständen hat Rußland keine Wahl. Durch die Tatsache der Demobilisierung ihrer Truppen hat die russische Revolution sozusagen ihr Schicksal in die Hände des deutschen Volkes gelegt. Das deutsche Proletariat erwies sich als noch nicht genügend vorbereitet, um diesen Druck auszuhalten. Wir weisen keinen Augenblick daran, daß dieser Triumph des Imperialismus und Militarismus über die internationale proletarische Revolution sich nur als ein zeitweiliger und vorübergehender erweisen wird. Nur auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, ist die Sowjetregierung der Russischen Republik nicht in der Lage, dem bewaffneten Angriff des deutschen Imperialismus zu widerstehen und, um der Rettung des revolutionären Ruß-

lands willen, gezwungen, die ihr vorgelegten Bedingungen zu akzeptieren.

Wir sind von unserer Regierung ermächtigt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Genötigt, ungeachtet des von uns abgegebenen Protestes, die Verhandlungen unter den ganz besonderen Umständen einer Fortsetzung der Kriegshandlungen, welche auf russischer Seite auf keinen Widerstand stoßen, zu führen, können wir die russischen Arbeiter und Bauern, welche die Fortsetzung des Krieges ablehnen, nicht weiteren Erschießungen aussetzen. Wir erklären offen vor dem Angesicht der Arbeiter und Soldaten Rußlands und Deutschlands, vor dem Angesicht der werktätigen und ausgebeuteten Klassen der ganzen Welt, daß wir gezwungen sind, ein Ultimatum anzunehmen, das uns von der derzeit stärkeren Seite diktiert wird, und daß wir sofort den uns vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen, indem wir auf jede Prüfung desselben verzichten. Unter solchen Bedingungen ist die Regierung der Russischen Republik nicht in der Lage, dem bewaffneten Angriff des deutschen Imperialismus zu widerstehen, und um der Rettung der Revolution willen gezwungen, die ihr vorgelegten Bedingungen zu akzeptieren.

### Das nennt man „Not der Landwirtschaft“

Das Organ der Agrarier, die deutschnationale Deutsche Tageszeitung, veröffentlicht ein Schreiben aus Pommern, worin ein „geradezu katastrophales Hinten der pommerschen Kleinbetriebe“ daraus gefolgert wird, daß in einem hinterpommerschen Kreise mehrere Darlehnsklassen davon Mitteilung machen, daß Verluste auf Düngungs- und Futtermittel nur in einem sehr geringen Umfange oder gar nicht eingegangen seien. Um diese Vorgänge zu verstehen, muß man wissen, daß der Landbund überall im Reich, gewiß also auch in dem betreffenden hinterpommerschen Kreise, sich von seinen Mitgliedern einen Verpflichtungsschein zum Käuferkreis vor einiger Zeit hat unterschreiben lassen, der folgendermaßen beginnt: „Der Unterzeichnete verpflichtet sich hiermit auf Ehre und Gewissen, falls von der Führung des Landbundes entsprechende Befehle herausgegeben werden sollte: 1. Sämtliche Einkäufe in landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu unterlassen. 2. Sämtliche Futtermittelaufkäufe soweit einzuschränken, wie das die Wirtschaft nur irgend zuläßt. 3. Kunstdüngereinkäufe auf Vorrat und nach dem 1. Juni d. J. jegliche Kunstdüngereinkäufe zu unterlassen.“ Danach ist es wohl kein Wunder, wenn die Einkäufe für Futtermittel wie für Kunstdünger in der letzten Zeit nachgelassen haben. Mit einem „katastrophalen Hinten“ der Kleinbetriebe hat dieses Manöver aber nichts zu tun

So wurde der Frieden mit Rußland. Die endgültige Neuordnung im Osten Deutschlands verlief dann doch anders, als die deutschen Imperialisten und Militaristen vorgesehen hatten. Dem Zusammenbruch des Zarismus folgte bald die vollständige militärische Niederlage des kaiserlichen Deutschlands, die innenpolitisch mit der Umwandlung des Kaiserreiches in eine Republik liquidiert wurde. Als dann dieser neuen Republik von der Entente der Frieden diktiert wurde, da brüllten die Verantwortlichen und die Befürworter und Helfer der Gewaltpolitik des Deutschlands von gestern über das Schanddiktat. Dieselben Männer, die im alten Reichstag dem Gewaltfriedensvertrag von Brest-Litowsk zugejubelt hatten, heuchelten ein Jahr später Entrüstung. Sie hätten es gern gesehen, wenn in einem neuen Volkskrieg nicht sie sich, aber die Kämpfer der Arbeiterschaft sich wegen des Versailler Vertrages hätten hinschlachten lassen.

Es kam nicht soweit. Inzwischen hat sich ja der wesentliche Teil der Bourgeoisie mit diesem Vertrag ausgeöhnt. Er ist dabei, seine alten imperialistischen Tendenzen wieder zu verfolgen. Da er diese Betätigung in neuester Zeit verstärkt hinter pazifistischen Gebärden verdeckt, ist es nützlich, die früheren Dokumente seiner brutalen Gewaltpolitik nicht zu vergessen. Nicht nur um sich an sie zu erinnern, sondern um aus ihnen zu lernen. Denn die Imperialisten von heute sind identisch mit denen des kaiserlichen Deutschlands. Und die Militaristen von heute? Ist es Zufall, daß jener General, der im Frühjahr 1918 die Ukraine mit ihren Kohlenbeden und ihrer Schwerindustrie „eroberte“, Gröner heißt und heute Reichswehrminister ist?